



OSZE Implementierungstreffen der menschlichen Dimension
Warschau, 2. – 13. Oktober 2006

Toleranz und Nicht-Diskriminierung I
*Die Rolle von Frauen in der Konfliktprävention und im
Krisenmanagement*

Erklärung der schweizerischen Delegation
(4. Oktober 2006)



OSZE Implementierungstreffen der menschlichen Dimension
Warschau, 2. – 13. Oktober 2006

Schweizerische Delegation
Schriftliche Version

Herr Vorsitzender,

die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist die zentrale Grundlage, um Gender-Anliegen in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung systematisch und mit der nötigen Konsequenz einbringen zu können. Die Resolution schafft dazu den Auftrag, die Verpflichtung und die Legitimität. Doch seit der Annahme dieser Resolution wissen wir: Sie braucht einerseits zahlreiche und unermüdliche Anwälte und Anwältinnen, die für sie werben, sie in Erinnerung rufen, auf ihre Umsetzung drängen und konstruktiv aufzeigen, wann und wo ihre Forderungen dringend aufgenommen werden müssen. Andererseits braucht es auch Umsetzungsmechanismen sowie personelle und finanzielle Ressourcen, um die Resolution zu implementieren. Es sind an erster Stelle die Staaten, die anwaltschaftlich tätig sein sowie Umsetzungsmechanismen und Ressourcen bereitstellen müssen, um Profil, Autorität und Wirksamkeit der Resolution 1325 zu stärken. Es sind die Staaten, die in der Pflicht stehen, die Forderungen der Resolution umzusetzen.

Die Schweiz ist der Ansicht, dass ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der Forderungen von 1325 ein ausgesprochen hilfreiches und nützliches Mittel ist, um in der Friedensförderung konsequent eine Gender-Perspektive einzunehmen. Sie hat darum die Arbeit an diesem Plan aufgenommen und ist eben daran, den Entwurf zu finalisieren. Bislang liegen unseres Wissens drei solcher Nationaler Aktionspläne vor: diejenigen Grossbritanniens, Norwegens und Dänemarks. Einige Staaten sind, wie wir, daran, einen Nationalen Aktionsplan zu schaffen. Es wäre unbedingt wünschenswert, dass mehr und mehr Staaten die Ausarbeitung eines solchen Plans in Angriff nehmen und die Mittel zur Umsetzung des Plans bereitstellen. Ein gewichtiger Vorteil der Erarbeitung des Plans besteht darin, diverse Akteure staatlicher Verwaltungen, die mit friedensfördernden Massnahmen befasst sind - seien es militärische als auch zivile, sowohl Akteure der Entwicklungszusammenarbeit als auch Akteure der

Wirtschaftsaussenpolitik - für die Anliegen der Resolution zu sensibilisieren und zu deren Umsetzung zu motivieren. Die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans kann ein Instrument des Mainstreamings für die Forderungen der Resolution sein. Nicht zuletzt führt die Ausarbeitung des Plans zu einem breiteren öffentlichen Bewusstsein für die Anliegen der Resolution 1325.

Neben den Staaten sind es auch die regionalen Organisationen und Foren, die anwaltschaftlich für die Stärkung der Resolution und damit für ihre Umsetzung tätig sein sollten. Die Schweiz begrüsst es, dass der Ministerrat der OSZE letztes Jahr in Ljubljana einen Entscheid verabschiedet hat, der fordert, dass 1325 im Sekretariat, Institutionen und auch Feldpräsenzen der OSZE umgesetzt wird. Die Schweiz ist sich sicher, dass die OSZE auch in anderer Hinsicht relevante Stimuli zur Umsetzung von 1325 setzen könnte: Gerade die OSZE kann den Rahmen bieten,

- unter den Teilnehmerstaaten die Schaffung Nationaler Aktionspläne anzuregen,
- Erfahrungen unter den Staaten in der Erarbeitung der Pläne auszutauschen und
- Hindernisse der Umsetzung sowie positive Umsetzungsschritte im Rahmen der OSZE zu besprechen, um gemeinsame Lernprozesse auszulösen und zu bewältigen.

Der Schweiz wäre es von Nutzen und würde es begrüssen, wenn die OSZE als regionales Dialogforum auf eine lose Allianz hinwirkt – wie sie bereits im Bereich des Menschenhandels und der Allianz der Zivilisationen besteht –, die es ermöglicht, an der Umsetzung der Resolution 1325 mitzuarbeiten und die bislang gemachten Erfahrungen mit andern Teilnehmerstaaten zu teilen. Tatsächlich fehlt ein solches Gremium auf internationaler oder regionaler Ebene. Eine solche Allianz könnte von den Teilnehmerstaaten auch dazu genutzt werden, die Umsetzung der Resolution 1325 – und damit der Ministerratsentscheidung vom letzten Jahr – näher zu verfolgen und die notwendige Unterstützung einzubringen beziehungsweise einzuholen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.